

GEMEINSAMES MINISTERIALBLATT

*des Auswärtigen Amtes / des Bundesministers des Innern
des Bundesministers für Wohnungswesen und Städtebau*

*des Bundesministers für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte / des Bundesministers für gesamtdeutsche Fragen
des Bundesministers für Angelegenheiten des Bundesrates und der Länder*

*des Bundesministers für Familie und Jugend / des Bundesministers für wissenschaftliche Forschung
des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit / des Bundesministers für Gesundheitswesen*

HERAUSGEGEBEN VOM BUNDESMINISTERIUM DES INNERN

17. Jahrgang

Bonn, den 15. September 1966

Nr. 28

INHALT

Amtlicher Teil

Seite

Der Bundesminister des Innern

II. Beamtenrecht und sonstiges Personalrecht

RdSchr. v. 6. 7. 66, Durchführung des 4. Änderungsge- setzes zum G 131	458
Bek. v. 17. 8. 66, Übersicht über die für Versorgungsemp- fänger nach Kap. I G 131 zuständigen obersten Dienst- behörden und Versorgungsdienststellen	462
31. VO zur Durchführung G 131 v. 17. 8. 66	476

Beilage: Stellen-Ausschreibungen

Amtlicher Teil

Der Bundesminister des Innern

II. Beamtenrecht und sonstiges Personalrecht

Durchführung des Vierten Änderungsgesetzes zum G 131 vom 9. September 1965¹⁾

hier: Neue Vorschriften über einen innerdeutschen Zuzugsstichtag (§ 4 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 Abs. 3, Halbsatz 2 G 131 i. d. F. d. Bek. v. 13. 10. 1965²⁾) und die Familienzusammenführung (§ 4 b G 131, Art. II § 1 des Vierten Änderungsgesetzes) unter Berücksichtigung des Artikels 12 des Haushaltssicherungsgesetzes vom 20. 12. 1965³⁾

Anlage: 1 Liste von Zuzugsbestimmungen auf Grund der Anlage 2 zum Rundschreiben des Präsidenten des Bundesausgleichsamtes vom 2. 4. 1964 (Amtl. Mitteilungsblatt des Bundesausgleichsamtes 1964, S. 96 ff.)

— RdSchr. d. BMI v. 6. 7. 1966 — II B 5 — 225 104 — 8/1 —

I.

Der Deutsche Bundestag hat in seiner Sitzung am 1. 7. 1965 zum Vierten Gesetz zur Änderung des G 131 folgende Entschließung gefaßt:

„Die Bundesregierung wird ersucht, im Rahmen ihrer Möglichkeiten dafür Sorge zu tragen, daß die für die Durchführung des Kapitels I G 131 zuständigen Behörden

- a) die neuen Vorschriften über den innerdeutschen Zuzugsstichtag (§ 4 Abs. 1 Nr. 3 G 131) und die Familienzusammenführung (§ 4 b G 131, Artikel II § 1 des Vierten Änderungsgesetzes) beschleunigt durchführen,
- b) bei der Durchführung des § 4 Abs. 1 Nr. 3 G 131 die Personen, die bisher ein Notaufnahmeverfahren oder ein vergleichbares Verfahren nicht durchlaufen haben, auf die Möglichkeit der Nachholung des Notaufnahmeverfahrens hinweisen,
- c) Anträge von Personen, die bisher wegen Nichterfüllung von Voraussetzungen für Sowjetzonenflüchtlinge oder der Familienzusammenführung keine Rechte geltend machen konnten, mit Vorrang behandeln, insbesondere bei Hinterbliebenen.“

Ich bitte, dieser Entschließung des Deutschen Bundestages bei der Durchführung des Vierten Änderungsgesetzes zum G 131 Rechnung zu tragen und die nachgeordneten zuständigen Dienststellen entsprechend anzuweisen.

II.

Zur Durchführung der am 1. 1. 1967 in Kraft tretenden neuen Vorschriften über den sog. innerdeutschen Zuzugsstichtag und die Familienzusammenführung gebe ich im Einvernehmen mit den Bundesministern für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte und der Finanzen folgende Hinweise:

A. Innerdeutscher Zuzugsstichtag

1. Nach § 4 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 können Rechte nach Kapitel I G 131 auch von den in §§ 1 und 2 bezeichneten Personen geltend gemacht werden, die nach dem 31. 12. 1952 aus der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands oder dem sowjetisch besetzten Sektor von Berlin im Wege der Notaufnahme oder eines vergleichbaren Verfahrens zugezogen sind und bis zum 31. 12. 1964 ihren Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt im Geltungsbereich des G 131 genommen haben, wenn die Ausschlußatbestände des § 3 Abs. 2 des Bundesvertriebenen-gesetzes (BVFG) nicht vorliegen.

¹⁾ (Verkündet im Bundesgesetzbl. I S. 1203)

²⁾ (Verkündet im Bundesgesetzbl. I S. 1685)

³⁾ (Verkündet im Bundesgesetzbl. I S. 2065)

2. Das **Notaufnahmeverfahren** wird auf Grund des Gesetzes über die Notaufnahme von Deutschen in das Bundesgebiet (NAG) vom 22. 8. 1950 (BGBl. I S. 367), zuletzt geändert durch Artikel I Nr. 3 des Dritten Änderungsgesetzes zum BVFG vom 29. 6. 1961 (BGBl. I S. 813), und auf Grund des Gesetzes über die Notaufnahme von Deutschen in Berlin vom 21. 12. 1951 (GVBl. 1952 S. 1) durchgeführt. Nach dem NAG bedürfen deutsche Staatsangehörige und deutsche Volkszugehörige, die ihren Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt in der sowjetischen Besatzungszone oder im sowjetischen Sektor von Berlin haben oder gehabt haben, wenn sie sich ohne Genehmigung im Geltungsbereich des Notaufnahmengesetzes aufhalten, für den ständigen Aufenthalt einer besonderen Erlaubnis (§ 1 Abs. 1 Satz 1, Abs. 2). Die in § 1 NAG bezeichneten Personen haben sich an die Leiter des Bundesnotaufnahmeverfahrens zu wenden. Den Leitern bleibt es überlassen, das Verfahren auf Antrag schriftlich durchzuführen.

3. (1) Als dem Notaufnahmeverfahren **vergleichbare Verfahren** gelten das Verfahren nach dem Gesetz des Landes Berlin vom 9. 1. 1951 (VOBl. I S. 84) in der Fassung der Gesetze vom 20. 3. 1953 (GVBl. S. 184) und vom 2. 10. 1958 (GVBl. S. 951) und die Fälle des § 41 Abs. 2 des Wehrpflichtgesetzes, eingefügt durch Änderungsgesetz vom 28. 11. 1960 (BGBl. I S. 853), jetzt in der Fassung vom 14. 5. 1965 (BGBl. I S. 391).

(2) Als vergleichbares Verfahren ist im Ergebnis auch die Erteilung einer Zuzugsgenehmigung auf Grund der in der **Anlage** enthaltenen allgemeinen alliierten oder landesrechtlichen Zuzugsbestimmungen — diese sind inzwischen alle aufgehoben worden — bis zu den aus der Anlage ersichtlichen Endzeitpunkten anzusehen. Bei Zuzugsgenehmigungen mit einem Datum vor dem Endzeitpunkt der Anlage kann davon ausgegangen werden, daß es sich um einen Zuzug nach den dort aufgeführten Bestimmungen handelt.

4. (1) Das **Notaufnahmeverfahren kann stets nachgeholt werden**, wenn ein vergleichbares Verfahren nach Nr. 3 nicht durchlaufen, insbesondere eine Zuzugsgenehmigung nach einer der in der Anlage genannten Regelungen bis zu den dort bestimmten Endzeitpunkten nicht erteilt worden ist. Kann die Notaufnahme nachgeholt werden, so sind die Betroffenen hierauf hinzuweisen. Dabei sind sie aufzufordern, bei Antragstellung der Notaufnahmebehörde mitzuteilen, daß sie den Notaufnahmebescheid (die Bescheinigung) wegen § 4 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 G 131 benötigen. Die Nachholung des Notaufnahmeverfahrens ist von den im Land Berlin wohnenden Antragstellern bei dem Leiter des Bundesnotaufnahmeverfahrens in Berlin, im übrigen bei dem Leiter des Bundesnotaufnahmeverfahrens in Gießen zu beantragen. Die Leiter des Bundesnotaufnahmeverfahrens werden den nach dem G 131 zuständigen Behörden auf Anforderung eine Abschrift des Notaufnahmebescheides übersenden und zugleich eine Auskunft erteilen, ob sich aus den Notaufnahmeakten Anhaltspunkte dafür ergeben, daß Ausschlußatbestände nach § 1 Abs. 2 Nr. 1 bis 3 NAG vorliegen.

(2) Auch bei Nachholung des Notaufnahmeverfahrens nach dem 31. 12. 1964 ist die Voraussetzung „im Wege der Notaufnahme“ des § 4 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 G 131 erfüllt.

5. (1) Einen Anspruch nach § 4 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 hat nicht, wer dem in der sowjetischen Besatzungs-

zone oder dem sowjetisch besetzten Sektor von Berlin herrschenden System erheblich Vorschub geleistet, dort durch sein Verhalten gegen die Grundsätze der Menschlichkeit oder Rechtsstaatlichkeit verstoßen oder wer die freiheitlich-demokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland einschließlich des Landes Berlin bekämpft hat (**Ausschlußtatbestände des § 3 Abs. 2 des Bundesvertriebenengesetzes**). Bei Verstößen gegen die Grundsätze der Menschlichkeit und Rechtsstaatlichkeit während der Herrschaft des Nationalsozialismus stehen bereits nach § 3 Satz 1 Nr. 3 a, 3 b G 131 keine Rechte zu.

(2) Über das Vorliegen der Ausschlußtatbestände des § 3 Abs. 2 BVFG hat bei der Durchführung des § 4 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 G 131 die nach dem G 131 zuständige Behörde zu entscheiden. Soweit die Tatbestände bereits durch andere Behörden auf Grund anderer Gesetze geprüft worden sind, kann dieser Entscheidung gefolgt werden, falls keine neuen anderweitigen Anhaltspunkte vorliegen. Zweifel in tatsächlicher und rechtlicher Hinsicht bitte ich, in enger Zusammenarbeit mit den anderen Behörden, insbesondere mit dem zuständigen Flüchtlingsamt, aufzuklären. Zu beachten ist, daß die Ausschlußtatbestände des § 3 Abs. 2 BVFG erheblich weiter reichen als z. B. die des § 11 Nr. 2 BVFG und des § 230 Abs. 1 Satz 3 des Lastenausgleichsgesetzes.

(3) Das in dem vorstehenden Absatz 2 Ausgeführte gilt bei der Prüfung der Voraussetzungen des § 4 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 G 131 auch, wenn bereits ein Flüchtlingsausweis C nach den §§ 3 und 15 Abs. 2 Nr. 3 BVFG, ein Notaufnahmescheid oder eine Zuzugsgenehmigung nach einer der in der Anlage genannten Regelungen erteilt worden ist. Die drei Ausschlußtatbestände des § 3 Abs. 2 BVFG werden im Verfahren über die Anerkennung als Sowjetzonenflüchtling nach § 3 Abs. 1 BVFG und im Notaufnahmeverfahren nach § 1 Abs. 2 Nr. 1 bis 3 NAG erst seit 6. 7. 1961, dem Inkrafttreten des § 3 Abs. 2 BVFG und des § 1 Abs. 2 NAG, jeweils in der Fassung des Dritten Änderungsgesetzes zum BVFG vom 29. 6. 1961 (BGBl. I S. 813), geprüft. Vorher wurde nach § 3 BVFG und § 1 Abs. 2 NAG nur der Tatbestand des Verstoßes gegen die Grundsätze der Menschlichkeit und Rechtsstaatlichkeit in der sowjetischen Besatzungszone oder im sowjetisch besetzten Sektor von Berlin berücksichtigt. Bei Familienzusammenführung im Sinne des § 94 BVFG und bei Vorhandensein einer ausreichenden Lebensgrundlage im Sinne des Art. 11 Abs. 2 GG im Bundesgebiet wird die Aufenthaltserlaubnis (Notaufnahme) selbst dann erteilt, wenn die Ausschlußtatbestände des § 1 Abs. 2 Nr. 1 bis 3 NAG — F. 1961 — gegeben sind. Bei der Erteilung der Zuzugsgenehmigung nach einer der in der Anlage genannten Regelungen fehlte es in der Regel an einer Prüfung der Ausschlußtatbestände.

(4) Der Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte hat die Leiter des Bundesnotaufnahmeverfahrens angewiesen, die Ersuchen der nach dem G 131 zuständigen Behörden um Übersendung der Notaufnahmeakten oder um Auskunft, ob sich aus den Akten Anhaltspunkte dafür ergeben, daß Ausschlußtatbestände des § 3 Abs. 2 BVFG (§ 1 Abs. 2 Nr. 1 bis 3 NAG) vorliegen, beschleunigt und mit Vorrang zu bearbeiten.

6. (1) Es muß sich stets um einen **Zuzug in das Bundesgebiet** einschließlich Berlin (West) gehandelt haben, d. h. zwischen dem Verlassen der sowjetischen Besatzungszone oder des Sowjetsektors von Berlin und dem Zuzug in das Bundesgebiet muß ein unmittelbarer Zusammenhang bestehen. Ein vorübergehender Aufenthalt im Ausland unterbricht den unmittelbaren Zusammenhang nicht, wenn er nach den Umständen des Einzelfalles

lediglich als Zwischenaufenthalt anzusehen ist. Wer die sowjetische Besatzungszone oder den Sowjetsektor von Berlin verlassen und sich anschließend ohne Begründung eines Wohnsitzes oder dauernden Aufenthaltes im Geltungsbereich des G 131 in das Ausland begeben und dort Wohnsitz genommen hat, fällt auch dann nicht unter § 4 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 G 131, wenn er später in den Geltungsbereich des Gesetzes zugezogen ist.

(2) Die in § 4 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 bestimmte Voraussetzung, daß die dort genannten Personen „**bis zum 31. 12. 1964**“ ihren Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt im Geltungsbereich des G 131 genommen haben müssen, ist dahin zu verstehen, daß der Wohnsitz oder dauernde Aufenthalt am Zuzugstichtag selbst noch bestanden haben muß.

7. Soweit Personen gemäß § 4 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 erstmals Rechte nach Kapitel I geltend machen können, nehmen sie nicht mehr an den besonderen **Unterbringungsmaßnahmen** der §§ 71 e bis 71 l teil (Artikel II § 2 des Vierten Änderungsgesetzes).
8. Nach § 4 Abs. 3 Halbsatz 2 G 131 können **Hinterbliebene**, die nach dem 31. 12. 1952 im Geltungsbereich des G 131 ihren Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt genommen haben und nicht schon selbst die Voraussetzungen des § 4 Abs. 1 oder 2 erfüllen, Rechte auf Versorgung auch dann geltend machen, wenn der im Wege der Notaufnahme oder eines vergleichbaren Verfahrens Zugezogene, bei dem die Ausschlußtatbestände des § 3 Abs. 2 BVFG nicht vorlagen (§ 4 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 G 131), vor dem 31. 12. 1964 verstorben ist. Die Notaufnahme kann für den Verstorbenen von den Hinterbliebenen in der Weise nachgeholt werden, daß sie dem Leiter des Bundesnotaufnahmeverfahrens durch Hinweis auf § 4 Abs. 3 Halbsatz 2 G 131 ihr rechtliches Interesse dartun und die Ausstellung einer Bescheinigung darüber beantragen, daß die Notaufnahme im Erlebensfalle erteilt worden wäre.

B. Familienzusammenführung

9. Nach § 4 b Abs. 1 können unter § 1 oder 2 fallende Personen, die nach dem 31. 12. 1952 ohne Vorliegen der Voraussetzungen des § 4 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2, 3 oder Abs. 2, 3 im Wege der Familienzusammenführung im Geltungsbereich des G 131 ihren Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt genommen haben, nunmehr den Personen, die den allgemeinen Zuzugstichtag des § 4 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 erfüllen, gleichgestellt werden. Die **Gleichstellung** erfolgt durch eine „Kann-Entscheidung“ der jeweils zuständigen Behörde. Bei Vorliegen der Ausschlußtatbestände des § 3 Abs. 2 des Bundesvertriebenengesetzes kommt, ebenso wie bei strafrechtlichen oder disziplinarrechtlichen Verfehlungen erheblichen Ausmaßes, eine Gleichstellung nicht in Betracht.
10. (1) Zu den **Voraussetzungen für die Familienzusammenführung** (§ 4 b Abs. 2) gehört nicht mehr, daß dem Zuziehenden im Zeitpunkt des Wegzuges von dem bisherigen Wohnsitz oder dauernden Aufenthaltsort außerhalb des Geltungsbereichs des G 131 eine Betreuung durch bestimmte nahe Angehörige fehlte.

(2) Eine Erweiterung des Kreises der aufnahmeberechtigten Personen ergibt sich aus § 4 b Abs. 2 Satz 2, 3 der Neufassung. Der Begriff „Aufnahme in die Familiengemeinschaft“ ist — wie schon bisher — als Aufnahme in eine Betreuungsgemeinschaft, nicht notwendig in die Hausgemeinschaft zu verstehen.

(3) Wurden die neuen Voraussetzungen der Familienzusammenführung schon vor dem 1. 1. 1967 erfüllt, so kann ebenfalls eine Gleichstellung nach Maßgabe des § 4 b Abs. 1 erfolgen (Artikel II § 1 Abs. 2 des Vierten Änderungsgesetzes).

11. Nach § 4 b Abs. 3 G 131 können **Hinterbliebene**, die nach dem 31. 12. 1952 im Geltungsbereich des G 131 ihren Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt genommen haben und nicht schon selbst die Voraussetzungen des § 4 oder 4 b Abs. 1, 2 erfüllen, Rechte auf Versorgung auch dann geltend machen, wenn der Verstorbene die Voraussetzungen der Absätze 1 und 2 erfüllte. Dabei ist es nicht notwendig, daß der Verstorbene bereits nach Absatz 1 gleichgestellt war. Es genügt auch, wenn er auf Grund einer Familienzusammenführung im Sinne der Absätze 1 und 2 hätte gleichgestellt werden können; das Gleichstellungsverfahren muß dann für den

Verstorbenen gegenüber den Hinterbliebenen durchgeführt werden.

12. Eine nach der **bisherigen** Fassung des § 4 b **anerkannte Familienzusammenführung** gilt, ohne daß es hierzu eines Antrages bedarf, als solche nach § 4 b der Neufassung (Artikel II § 1 Abs. 1 des Vierten Änderungsgesetzes). Die Vorschrift hat jedoch nur Bedeutung, soweit eine nach der bisherigen Fassung des § 4 b anerkannte Familienzusammenführung nicht durch die Erfüllung des sog. innerdeutschen Zuzugsstichtages (§ 4 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3) gegenstandslos wird.

An die obersten Dienstbehörden nach §§ 60, 61 G 131

Anlage

Liste von Zuzugsbestimmungen, bei deren Anwendung durch Erteilung von Zuzugsgenehmigungen das Notaufnahmeverfahren nicht angewendet wird

Land	Zuzugsbestimmungen der Länder bzw. der alliierten Militär-Dienststellen	Aufhebung und Endzeitpunkte
1	2	3
Baden-Württemberg	Gesetz Nr. 161 der amerik. Militär-Regierung, ergänzt durch Kontrollrats-Direktive 43 vom 29. 10. 1946, Militär-Regierung Vorschr. 9/1147 und Verordnung Nr. 28 vom 16. 8. 1948	Gesetz A 9 der alliierten Hohen Kommission vom 15. 6. 1950 Endzeitpunkt: 15. 6. 1950 ¹⁾
a) Regierungsbezirk Nord-Württemberg und Nord-Baden	Kontr.Gesetz Nr. 18, Art. 11	Erlaß des Min. für Flüchtlinge Baden-Württemberg vom 23. 1. 1956 — II/2100/69 — Endzeitpunkt: 23. 1. 1956
b) Süd-Baden	Württembergisch-hohenzollernsche Rechtsverordnung über den Zuzug in das französisch besetzte Gebiet von Württemberg und Hohenzollern vom 12. 3. 1946	Gesetz über die Aufhebung der Zuzugsbeschränkungen im Lande Baden-Württemberg vom 30. 3. 1957 (BGBl. I S. 317) Endzeitpunkt: 30. 3. 1957
c) Regierungsbezirk Süd-Württemberg-Hohenzollern	Gesetz Nr. 161 der amerik. Militär-Regierung, Gesetz Nr. 59, Bayerisches Flüchtlingsgesetz vom 19. 2. 1947 (GVBl. S. 251) und seine Ausführungsbestimmungen vom 14. 7. 1949 Befehl der Militär-Regierung für Bayern A. G. 3837 MG V A W vom 21. 8. 1947 Kontr.Gesetz Nr. 18, Art. 11	Erlaß des Bayer. Staatsmin. des Innern, Staatssekretär für Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge vom 1. 10. 1954 — V/10-8133, 83/54 — Endzeitpunkt: 1. 10. 1954
Bayern	Kontr.Gesetz Nr. 18 vom 8. 3. 1946 (VOBl. S. 96) Zuzugsgesetz vom 9. 1. 1951 in der Fassung des Gesetzes vom 20. 3. 1953 und vom 2. 10. 1958 (VOBl. I 1951 S. 84, GVBl. 1953 S. 184, 1958 S. 951)	Beschluß des Abgeordnetenhauses vom 29. 9. 1961 mit Wirkung vom 1. 10. 1961 Endzeitpunkt: 1. 10. 1961 ²⁾
Berlin	Verordnung des Regierenden Bürgermeisters vom 2. 7. 1945 und Verordnung über den Zuzug usw. für das Land Bremen vom 5. 8. 1947 Kontr.Gesetz Nr. 18, Art. 11	Senator für das Wohlfahrtswesen in Bremen vom 1. 9. 1954 — 415 — 01-01/1 Oe/K. — Endzeitpunkt: 1. 9. 1954
Bremen	Wohnraumlenkungsverordnung vom 27. 2. 1943 mit Wirkung vom 16. 11. 1943 Anordnung der brit. Militär-Regierung vom 24. 1. 1947 Kontr.Gesetz Nr. 18, Art. 11	Gesetz A 9 der Hohen Alliierten Kommission vom 15. 6. 1950 Endzeitpunkt: 15. 6. 1950 ¹⁾
Hamburg	Anordnung der Militär-Regierung von Groß-Hessen vom 20. 8. 1946 (für 14 größere Städte) Anordnung betr. Zuzugsgenehmigungen vom 1. 10. 1946 — III E 4 Nr. 3280 (St.Anz. S. 98) Erlaß über die Erteilung von Zuzugsgenehmigungen vom 23. 1. 1947 (St.Anz. S. 69) Ergänzungserlaß vom 5. 3. 1947 (nicht veröffentlicht) Erlaß vom 5. 8. 1947 (St.Anz. S. 350)	Erlaß vom 17. 10. 1949 (Freizügigkeit), Gesetz A 9 der Hohen Alliierten Kommission vom 15. 6. 1950 Runderlaß des BMI vom 3. 7. 1950 Urteil des Hessischen Verwaltungsgerichtshofes in Kassel vom 29. 4. 1953, Erlaß vom 30. 7. 1953 (St.Anz. S. 714) Endzeitpunkt: 30. 7. 1953
Hessen	Verordnung Nr. 161 der Militär-Regierung vom 16. 8. 1948 Kontr.Gesetz Nr. 18, Art. 11	Verwaltungsgericht des Landes Niedersachsen und OVG für die Länder Niedersachsen und Schleswig-Holstein haben rechtskräftig entschieden, daß in Niedersachsen vor Inkrafttreten des NAG (27. 8. 1950) rechtsgültige Zuzugsbeschränkungen nicht bestanden haben (II OVG/A 106.51) Erlaß des Niedersächsischen Ministers für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegssachgeschädigte vom 12. 10. 1953 — Ref. I/2 Az. 12.10.00 — Endzeitpunkt: 12. 10. 1953
Niedersachsen		

¹⁾ Deshalb für § 4 G 131 gegenstandslos.

²⁾ Deshalb hier nochmals mit aufgeführt.

Land	Zuzugsbestimmungen der Länder bzw. der alliierten Militär-Dienststellen	Aufhebung und Endzeitpunkte
1	2	3
Nordrhein-Westfalen	Gemeinsamer Runderlaß vom 23. 8. 1950 (MBI. NW 1950 S. 800) Ergänzung vom 8. 12. 1951 (MBI. NW 1951 S. 1425) in Verbindung mit dem Flüchtlingsgesetz des Landes NRW vom 2. 6. 1948 (GVBl. NRW, S. 216) und mit der Durchführungsverordnung vom 31. 12. 1948 (GVBl. NRW 1949 S. 73)	Erlaß des Sozialministers des Landes Nordrhein-Westfalen vom 7. 3. 1953 — IV A/2-2100-6065-52 — — III A 1 KFH 13 A — Erlaß des Ministers für Arbeit, Soziales und Wiederaufbau des Landes Nordrhein-Westfalen vom 23. 4. 1954 — V A/2 2100-3569/54 — (MBI. NW 1953 S. 737) Endzeitpunkt: 23. 4. 1954
Rheinland-Pfalz	Dienstnote der franz Militär-Regierung vom 22. 6. 1949 Nr. 13 809/P D R/13 in Verbindung mit Erlaß des Ministers für Gesundheit und Wohlfahrt — Abt. IV — vom 1. 7. 1949 (MinBl. Nr. 30 vom 3. 8. 1949), Erlaß 430 — 00/0 Tgb. Nr. 465/53 vom 19. 2. 1953 und Erlaß V-F II b-410-09/0 — Tgb. Nr. 3603/53 vom 3. 11. 1953	Bundesverfassungsgericht vom 7. 5. 1953 — 1 B V 104/52 — Sozialministerium Rheinland-Pfalz — Abt. V-F II b-430-00/0 — Tgb. Nr. 2654/54 — vom 1. 9. 1954 —, Abt. V-F II b-430-00/4 — Tgb. Nr. 2410/54 — vom 29. 7. 1954 Endzeitpunkt: 29. 7. 1954
Saarland	Gesetz über den Aufenthalt im Saarland vom 29. 7. 1948 (ABl. S. 1324)	Gesetz Nr. 580 zur Änderung des Aufenthaltsrechts vom 4. 6. 1957 (ABl. S. 609) Endzeitpunkt: 23. 10. 1955
Schleswig-Holstein	Verordnung der Militär-Regierung Nr. 16 (Min.Erlaß Nr. 31 vom 17. 7. 1947) Verordnung über Zuzugsregelung vom 4. 11. 1947 (GVOBl. S. 47) Kontr.Gesetz Nr. 18, Art. 11 vom 8. 3. 1946 Rundschreiben Nr. 22 des Sozialministeriums des Landes Schleswig-Holstein vom 1. 10. 1949	Gesetz Nr. 9 der alliierten Hohen Kommission vom 15. 6. 1950 in Verbindung mit Runderlaß Nr. 8/53 vom 11. 7. 1953 Endzeitpunkt: 11. 7. 1953

Übersicht
über die für Versorgungsempfänger nach Kapitel I G 131 zuständigen obersten Dienstbehörden
und Versorgungsdienststellen

— Bek. d. BMI v. 17. 8. 1966 — II B 5 — 225 160-12/1 —

Nachstehend gebe ich die Übersicht über die für Versorgungsempfänger nach Kapitel I G 131 zuständigen obersten Dienstbehörden und Versorgungsdienststellen nach dem Stande vom 1. 9. 1966 bekannt.

Übersicht

Abschnitt	Dienststellen und Personenkreis	Seite
I	Bundesbehörden zuständig für Angehörige bestimmter früherer Reichsverwaltungen , deren Aufgaben von Dienststellen bundeseigener Verwaltungen übernommen worden sind	
II	Landesbehörden zuständig für den Personenkreis des § 1 G 131 , soweit nicht eine Bundesbehörde nach Abschnitt I zuständig ist	
III	Dienststellen zuständig für Angehörige der in der Anlage A zu § 2 G 131 aufgeführten Nichtgebietskörperschaften und sonstigen Einrichtungen , A. soweit durch besondere Gesetze geregelt B. soweit durch Rechtsverordnungen nach § 61 Abs. 3 G 131 geregelt C. soweit noch keine Rechtsverordnungen nach § 61 Abs. 3 G 131 erlassen sind	
IV	Dienststellen zuständig für Personen, die vor dem Inkrafttreten des G 131 (1. 4. 1951, in Berlin 1. 10. 1951) ihren Wohnsitz außerhalb des Geltungsbereichs des Gesetzes genommen haben und keinen zweiten Wohnsitz im Geltungsbereich des Gesetzes beibehalten haben	
V	Dienststellen zuständig für im Geltungsbereich des Gesetzes befindliche, dem Land Nordrhein-Westfalen im Notaufnahmeverfahren zugewiesene Personen , die aus der sowjetischen Besatzungszone oder dem sowjetischen Sektor von Berlin geflüchtet sind, sofern und solange sie im Geltungsbereich des Gesetzes keinen Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt begründet haben	

I. Bundesbehörden

— zuständig für Angehörige bestimmter früherer Reichsverwaltungen, deren Aufgaben von Dienststellen bundes-eigener Verwaltungen übernommen worden sind —

Personenkreis	Oberste Dienstbehörde (§ 60 G 131)	Pensionsfestsetzungs- und Regelungsbehörde (§ 58 G 131)
1	2	3
1. Angehörige der Bahn	Vorstand der Deutschen Bundesbahn, 6000 Frankfurt (Main), Friedrich-Ebert-Anlage 43—45	Bundesbahndirektion in 8900 Augsburg, Prinzregentenplatz 4, 4300 Essen, Bismarckplatz 1, 6000 Frankfurt (Main), Friedrich-Ebert-Anlage 35, 2000 Hamburg, Hamburg-Altona, Museumstraße 39, 3000 Hannover, Joachimstraße 8, 7500 Karlsruhe, Lammstraße 19, 3500 Kassel, Kölnische Straße 81, 5000 Köln, Kaiser-Friedrich-Ufer 3, 6500 Mainz, Kaiserstraße 3, 8000 München, Prielmayerstraße 1, 4400 Münster (Westf.), Bahnhofstraße 1, 8500 Nürnberg, Sandstraße 38—40, 8400 Regensburg, Bahnhofstraße 7, 6600 Saarbrücken, Am Bahnhof 4, 7000 Stuttgart-N, Heilbronner Straße 7, 5600 Wuppertal-Elberfeld, Döppersberg 41. Verwaltungsstelle Berlin (Sonderabteilung der Bundesbahndirektion Hamburg), 1000 Berlin 61, Hallesches Ufer 74, 76. — je für ihren Dienstbereich —
2. Angehörige der Post	Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen, 5300 Bonn, Koblenzer Straße 81	Oberpostdirektion in 3300 Braunschweig, Friedrich-Wilhelm-Straße 3, 2800 Bremen, Bahnhofplatz 20, 4600 Dortmund, Hiltropwall 10, 4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 14, 6000 Frankfurt (Main), Friedrich-Ebert-Anlage 58—72, 7800 Freiburg (Breisgau), Kaiser-Josef-Straße 143, 2000 Hamburg 36, Stephansplatz 5, 3000 Hannover, Zeppelinstraße 24, 7500 Karlsruhe, Ettlinger-Tor-Platz 2, 2300 Kiel, Stresemannplatz 5, 5400 Koblenz, Friedrich-Ebert-Ring 14—20, 5000 Köln, Clever Straße 32, 8000 München 2, Arnulfstraße 60, 4400 Münster (Westf.), Hohenzollernring 56, 6730 Neustadt (Weinstraße), Bahnhofstraße 2, 8500 Nürnberg, Bahnhofplatz 1, 8400 Regensburg, Domplatz 3, 7000 Stuttgart, Lautenschlagerstraße 17, 5500 Trier, Fleischstraße 56—60, 7400 Tübingen, Bahnhofstraße 2 B. Landespostdirektion Berlin, 1000 Berlin 19, Dernburgstraße 50 — je für ihren Dienstbereich — für im Saarland Wohnende: Oberpostdirektion in 5500 Trier, Fleischstraße 56—60.
3. Angehörige der unteren und Mittelbehörden der Arbeitsverwaltung	für die Beamten der Bes.Gr. A 2 c 2 und aufwärts einschl. Bes.O. B: Vorstand der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeits- losenversicherung, 8500 Nürnberg, Frauentorgraben 33—35 für die übrigen Beamten: Präsident der Bundesanstalt	Versorgungsstelle der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosen- versicherung, 8500 Nürnberg, Sandstraße 24
4. Angehörige der früheren Reichswasserstraßen- verwaltung	Bundesminister für Verkehr, 5300 Bonn, Sternstraße 100	Wasser- und Schifffahrtsdirektion in 2960 Aurich, Schloßplatz 9, 2800 Bremen, Franziseuck 5, 4100 Duisburg-Ruhrort, Ruhrorter Straße 187, 2000 Hamburg 4, Bernhard-Nocht-Straße 78, 2300 Kiel, Kiel-Wik, Hindenburgufer 247,

Personenkreis	Oberste Dienstbehörde (§ 60 G 131)	Pensionsfestsetzungs- und Regelungsbehörde (§ 58 G 131)
1	2	3
5. Angehörige der Zollverwaltung und Monopolverwaltung für Branntwein 6. Angehörige des auswärtigen Dienstes	Bundesminister der Finanzen, 5300 Bonn, Rheindorfer Straße 108 Auswärtiges Amt, 5300 Bonn, Koblenzer Straße 99—103	7800 Freiburg (Breisgau), Eisenbahnstraße 41, 3000 Hannover 1, Am Waterlooplatz 14, 6500 Mainz, Stresemannufer 2, 4400 Münster (Westf.), Cheruskerring 11, 8400 Regensburg, Kumpfmühler Straße 6, 7000 Stuttgart 1, Birkenwaldstraße 38, 8700 Würzburg, Wörthstraße 19, für Berlin (West) Wasser- und Schifffahrtsdirektion Hannover, 3000 Hannover 1, Waterlooplatz 14, — je für ihren Dienstbereich — Oberfinanzdirektion in 1000 Berlin 15, Kurfürstendamm 193/194, 2800 Bremen 1, Haus des Reichs, Richtweg 35, 4000 Düsseldorf, Jürgensplatz 1, 6000 Frankfurt (Main) 1, Adickesallee 32, 7800 Freiburg (Breisgau), Stefan-Meier-Straße 76, 2000 Hamburg 11, Rödingsmarkt 2, 3000 Hannover, Waterloostraße 5, 7500 Karlsruhe, Moltkestraße 10, 2300 Kiel, Adolfstraße 14—28, 5400 Koblenz, Emil-Schüller-Straße 12, 5000 Köln 16, Wörthstraße 1/3, 8000 München 2, Sophienstraße 6, 4400 Münster (Westf.), Hohenzollernring 80, 8500 Nürnberg, Krelingstraße 50, 6600 Saarbrücken, Am Neumarkt 15, 7000 Stuttgart-W, Rotebühlplatz 30, — je für ihren Dienstbereich — für im Ausland Wohnende: Oberfinanzdirektion Düsseldorf, 4000 Düsseldorf, Jürgensplatz 1.

II. Landesbehörden

— zuständig für den Personenkreis des § 1 G 131, soweit nicht eine Bundesbehörde nach Abschnitt I zuständig ist —

Sind mehrere versorgungsberechtigte Hinterbliebene vorhanden, so ist für alle die oberste Landesbehörde des Landes zuständig, in dem die jüngste im Geltungsbereich des Gesetzes wohnhafte anspruchsberechtigte Person (Witwe, Waise, schuldlos geschiedene Ehefrau) ihren Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt hat.

Personenkreis	Oberste Dienstbehörde (§ 60 G 131)	Pensionsfestsetzungs- und Regelungsbehörde (§ 58 G 131)
1	2	3
1. Land Baden-Württemberg Alle Versorgungsempfänger	Finanzministerium, 7000 Stuttgart, Neues Schloß	Regierungspräsidium Nordwürttemberg, 7000 Stuttgart 1, Heustraße 1, Nordbaden, 7500 Karlsruhe, Schloßplatz 1—3, Südbaden, 7800 Freiburg (Breisgau), Bertholdstraße 43, Südwürttemberg-Hohenzollern, Abt. II, 7400 Tübingen, Nauklerstraße 47 — je für ihren Dienstbereich —
2. Land Bayern a) Versorgungsempfänger der früheren Wehrmacht, des früheren Reichsarbeitsdienstes und der Polizei sowie versorgungsberechtigte Arbeiter der früheren Tabakregie	Bayerisches Staatsministerium der Finanzen, 8000 München 22, Odeonsplatz 4	Bezirksfinanzdirektion München, 8000 München 22, Alexandrastraße 3, für die in den Regierungsbezirken Oberbayern, Niederbayern, Schwaben wohnenden Versorgungsempfänger Bezirksfinanzdirektion Ansbach, 8800 Ansbach, Brauhausstraße 18, Postfach 611 für die in den Regierungsbezirken Oberpfalz, Mittelfranken, Oberfranken, Unterfranken wohnenden Versorgungsempfänger

Personenkreis	Oberste Dienstbehörde (§ 60 G 131)	Pensionsfestsetzungs- und Regelungsbehörde (§ 58 G 131)
1	2	3
b) alle übrigen Versorgungsempfänger		Bezirksfinanzdirektion 8000 München 22, Alexandrastraße 3, 8900 Augsburg, Fronhof 10, 8300 Landshut, Regierungsplatz 540, 8800 Ansbach, Brauhausstraße 18, 8400 Regensburg, Obermünsterstraße 16, 8700 Würzburg, Zwinger 3 a — je für ihren Dienstbereich —
3. Land Berlin		
Alle Versorgungsempfänger	Senator für Inneres, 1000 Berlin 31, Fehrbelliner Platz 2	Landesverwaltungsamt Berlin — Abt. II —, 1000 Berlin 31, Fehrbelliner Platz 1
4. Land Bremen		
Alle Versorgungsempfänger	Senatskommission für das Personalwesen, 2800 Bremen, Auf der Brake 1	Senatskommission für das Personalwesen, 2800 Bremen, Auf der Brake 1
5. Land Hamburg		
Alle Versorgungsempfänger	Senat der Freien und Hansestadt Hamburg — Personalamt — 2000 Hamburg 11, Steckelhörn 12	Senat der Freien und Hansestadt Hamburg, Personalamt, — Besoldungs- und Versorgungsstelle — 2000 Hamburg 36, Große Bleichen 23—27
6. Land Hessen		
Alle Versorgungsempfänger	Hessischer Minister der Finanzen, 6200 Wiesbaden, Friedrich-Ebert-Allee 8 Direktor des Landespersonalamtes Hessen, 6200 Wiesbaden, Frankfurter Straße 2 — je nach besonderer Geschäftsverteilung —	Regierungspräsident 6100 Darmstadt, Luisenplatz 2, 3500 Kassel, Kassel-Wilhelmshöhe, Walter-Schücking-Platz, 6200 Wiesbaden, Taunusstraße 51 — je für ihren Dienstbereich —
7. Land Niedersachsen		
a) Berufssoldaten, berufsmäßige Angehörige des früheren Reichsarbeitsdienstes, Wehrmachtbeamte, Angestellte und Arbeiter der früheren Wehrmacht und des früheren Reichsarbeitsdienstes, Umsiedler und Vertriebene und ihnen Gleichgestellte sowie Angehörige der autonomen Verwaltung des Protektorats Böhmen und Mähren, soweit es sich um Berufssoldaten, Wehrmachtbeamte, Angestellte und Arbeiter einer nicht deutschen Wehrmacht handelt	Niedersächsischer Sozialminister, 3000 Hannover, Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 2	Niedersächsisches Landesverwaltungsamt 3000 Hannover, Auestraße 14.
b) Personen, die nach § 66 G 131 zu versorgen sind		das für den Wohnsitz zuständige Versorgungsamt
c) Angehörige der Wissenschaftsverwaltungen des ehem. Reiches und der früheren Länder (Hochschulen, Bibliotheken usw.)	Niedersächsischer Minister der Finanzen, 3000 Hannover, Am Schiffgraben 6 Niedersächsischer Minister des Innern, 3000 Hannover, Lavesallee 6 — nach besonderer Geschäftsverteilung —	Pensionsfestsetzungsbehörde: Kurator der Georg-August-Universität in Göttingen, 3400 Göttingen, Theaterstraße 7. Pensionsregelungsbehörde: Niedersächsisches Landesverwaltungsamt 3000 Hannover, Auestraße 14,

Personenkreis	Oberste Dienstbehörde (§ 60 G 131)	Pensionsfestsetzungs- und Regelungsbehörde (§ 58 G 131)
1	2	3
d) Angehörige der Bergverwaltung		Oberbergamt in 3392 Clausthal-Zellerfeld
e) Personen, die nach § 66 a G 131 zu versorgen sind		das für den Wohnsitz zuständige Versorgungsamt
f) alle übrigen Versorgungsempfänger		Niedersächsisches Landesverwaltungsamt 3000 Hannover, Auestraße 14
8. Land Nordrhein-Westfalen		
a) frühere Angehörige der Arbeitsverwaltung und deren Hinterbliebene, soweit für sie nach dem Bundesgesetz über die Errichtung einer Bundesanstalt für AV. und AV. nicht die Bundesanstalt in Nürnberg zuständig ist	Arbeits- und Sozialminister, 4000 Düsseldorf, Horionplatz 1	Landesamt für Besoldung und Versorgung Nordrhein-Westfalen, 4000 Düsseldorf, Bastionstraße 39.
b) Personen, die nach §§ 66, 66 a G 131 zu versorgen sind		das für den Wohnsitz zuständige Versorgungsamt
c) frühere Angehörige der Finanzverwaltung, frühere Berufssoldaten, berufsmäßige Wehrmachtbeamte, -angestellte und -arbeiter, berufsmäßige Angehörige des RAD und der Waffen-SS sowie die früheren Militäranwärter und Anwärter des RAD und deren Hinterbliebene mit Ausnahme der nach §§ 66, 66 a G 131 zu versorgenden Personen	Finanzminister, 4000 Düsseldorf, Jägerhofstraße 6	Landesamt für Besoldung und Versorgung Nordrhein-Westfalen, 4000 Düsseldorf, Bastionstraße 39.
d) frühere Angehörige der Justizverwaltung und deren Hinterbliebene	Justizminister, 4000 Düsseldorf, Martin-Luther-Platz 40	
f) frühere Angehörige der Unterrichtsverwaltung und deren Hinterbliebene	Kultusminister, 4000 Düsseldorf, Karltor 7	
aa) aus dem staatlichen Bereich		
bb) aus dem gemeindlichen Bereich		Der Direktor des Landwirtschaftsverbandes Rheinland — Rheinische Versorgungskasse —, 5000 Köln-Deutz, Mindener Straße 2, für den Bereich der Regierungsbezirke Aachen, Düsseldorf, Köln, Westfälisch-Lippische Versorgungskasse 4400 Münster, Piusallee 1—3, Postfach 822 für den Bereich der Regierungsbezirke Arnsberg, Detmold, Münster
f) frühere Angehörige der Gemeinden und Gemeindeverbände und deren Hinterbliebene, soweit sie nicht der Unterrichtsverwaltung angehörten	Innenminister, 4000 Düsseldorf, Elisabethstraße 5—11	
g) übrige Versorgungsempfänger	Innenminister, 4000 Düsseldorf, Elisabethstraße 5—11	Landesamt für Besoldung und Versorgung Nordrhein-Westfalen, 4000 Düsseldorf, Bastionstraße 39.

Personenkreis	Oberste Dienstbehörde (§ 60 G 131)	Pensionsfestsetzungs- und Regelungsbehörde (§ 58 G 131)
1	2	3
9. Land Rheinland-Pfalz		
a) Angehörige der ehem. Reichssteuerverwaltung und der Finanzverwaltungen fremder Staaten	Ministerium für Finanzen und Wiederaufbau, 6500 Mainz, Kaiser-Friedrich-Straße 1	Oberfinanzdirektion Koblenz 5400 Koblenz, Emil-Schüller-Straße 12.
b) Angehörige der Justizverwaltung	Ministerium der Justiz, 6500 Mainz, Ernst-Ludwig-Straße 3	Oberlandesgerichtspräsident 5400 Koblenz, Stresemannstraße 1, 6660 Zweibrücken, Schloßplatz. — je für ihren Dienstbereich —
c) Angehörige der alten Wehrmacht	Ministerium für Finanzen und Wiederaufbau, 6500 Mainz, Kaiser-Friedrich-Straße 1	Bezirksregierung für Rheinhessen, 6500 Mainz, Schillerstraße 44.
d) Berufssoldaten, berufsmäßige Angehörige des Reichsarbeitsdienstes, Wehrmachtbeamte, Angestellte und Arbeiter der früheren Wehrmacht		Bezirksregierung 5400 Koblenz, Stresemannstraße 3—5, 5500 Trier, Balduinstraße 10—12, 5430 Montabaur, für Rheinhessen, 6500 Mainz, Schillerstraße 44. der Pfalz, 6730 Neustadt (Weinstraße) — je für ihren Dienstbereich —
e) übrige Versorgungsempfänger	Fachminister	wie d)
10. Saarland		
Alle Versorgungsempfänger	Minister des Innern, 6600 Saarbrücken, Hindenburgstraße 21	Pensionsfestsetzungsbehörde: Minister des Innern 6600 Saarbrücken, Hindenburgstraße 21. Pensionsregelungsbehörde: Oberfinanzdirektion 6600 Saarbrücken 1, Am Neumarkt 15.
11. Land Schleswig-Holstein		
Alle Versorgungsempfänger	Innenminister, 2300 Kiel, Landeshaus	Pensionsamt Schleswig-Holstein, 2300 Kiel, Sophienblatt 2.

III.

Für Angehörige der in der Anlage A zu § 2 G 131 aufgeführten Nichtgebietskörperschaften und sonstigen Einrichtungen

Personenkreis Angehörige der Herkunftseinrichtungen	Oberste Dienstbehörde (§ 60 G 131)	Pensionsfestsetzungs- und Regelungsbehörde (§ 58 G 131)
1	2	3

A. soweit durch besondere Gesetze geregelt:

1. Nr. 11 der Anlage A zu § 2 Reichsversicherungsanstalt für Angestellte	Vorstand der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte, 1000 Berlin 31, Ruhrstraße 2	wie nebenstehend
2. Nr. 19 der Anlage A zu § 2 Reichsbank Nationalbank für Böhmen und Mähren Ausländische Notenbanken	Präsident der Deutschen Bundesbank, 6000 Frankfurt (Main) 1, Taunusanlage 4—6 Postfach 3611	Landeszentralbank in/im — Hauptverwaltung der Deutschen Bundesbank — Baden-Württemberg 7000 Stuttgart 1, Marstallstraße 3 (Postfach 207) Bayern 8000 München 22, Ludwigstraße 13 (Postfach) Berlin 1000 Berlin 12, Leibnizstraße 7—10 (Postfach) Bremen 2800 Bremen 1, Am Wall 122 (Postfach) 8) der Freien und Hansestadt Hamburg 2000 Hamburg 1, Alter Wall 2—8 (Postfach 930)

Personenkreis Angehörige der Herkunftseinrichtungen	Oberste Dienstbehörde (§ 60 G 131)	Pensionsfestsetzungs- und Regelungsbehörde (§ 58 G 131)
1	2	3
3. Nr. 54 der Anlage A zu § 2 Reichsrechtsanwaltskammer	Bundesminister der Justiz, 5300 Bonn, Rosenberg	Hessen 6000 Frankfurt (Main) 1, Neue Mainzer Straße 47 (Postfach 2829) Niedersachsen 3000 Hannover 1, Georgsplatz 5 (Postfach 245) Nordrhein-Westfalen 4000 Düsseldorf 1, Berliner Allee 14 (Postfach 1148) Rheinland-Pfalz 6500 Mainz, Kaiserstraße 52 (Postfach 1583) Saarland 6600 Saarbrücken, Keplerstraße 18 (Postfach 425) Schleswig-Holstein 2300 Kiel, Fleethörn 26 (Postfach 260) — je für ihren Dienstbereich — Präsident des Bundesgerichtshofes 7500 Karlsruhe, Herrenstraße 45 a

Personenkreis Angehörige der Herkunftseinrichtungen	Oberste Dienstbehörde (§ 60 G 131)	Treuhänder oder Einrichtung, die die Aufgaben des Treuhänders wahrnimmt
1	2	3

B. soweit durch Rechtsverordnungen nach § 61 Abs. 3 G 131 geregelt:

1. Achte DV zum G 131

Nr. 14 der Anlage A zu § 2

Öffentlich-rechtliche Lebensversicherungsanstalt, Ostpreußen
Lebensversicherungsanstalt Westpreußen
Schlesische Provinzial-Lebens-, Unfall- und Haftpflichtversicherungsanstalt
Pommersche Provinzial-Lebensversicherungsanstalt
Provinzial-Lebensversicherungsanstalt Brandenburg
Lebensversicherungsanstalt Sachsen-Thüringen-Anhalt
ÖVA — Öffentliche Versicherungsanstalt der Sächsischen Sparkassen
Öffentlich-rechtliche Sachversicherungsanstalt der Sudetenländer
(anteilig für die Versicherungszweige: Unfall, Haftpflicht und Kraftverkehr)
Landesversicherungsanstalt in Brünn
(anteilig für die Versicherungszweige: Leben, Unfall, Haftpflicht und Kraftverkehr)
Öffentlich-rechtliche Lebensversicherungsanstalt der Sudetenländer

Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen,
4000 Düsseldorf, Haroldstraße 4
(dessen Befugnisse zur Festsetzung und Regelung der Versorgungsbezüge auf den Treuhänder (s. Spalte 3) übertragen sind)

Der Treuhänder der öffentlich-rechtlichen Lebens-, Unfall- und Haftpflichtversicherungsanstalten für das Gesetz zu Artikel 131 GG,
4000 Düsseldorf,
Talstraße 25, Postfach 8024

2. Neunte DV zum G 131

Nr. 15, 16 und 17 der Anlage A zu § 2

Anhaltische Landesbrandkasse in Dessau
Feuersozietät der Provinz Brandenburg
Städtische Feuerversicherungsanstalt Breslau
Danziger Feuersozietät
Mecklenburgische Landesbrandkasse
Feuersozietät für die Provinz Ostpreußen
Pommersche Feuersozietät
Posensche Feuersozietät

Senat der Freien und Hansestadt Hamburg,
Personalamt,
2000 Hamburg 11, Steckelhörn 12
(dessen Befugnisse zur Feststellung und Regelung der Versorgungsbezüge auf den Treuhänder (s. Spalte 3) übertragen sind)

Der Treuhänder der öffentlich-rechtlichen Sachversicherungsanstalten für das Gesetz zu Artikel 131 GG,
2000 Hamburg 13,
Magdalenenstraße 2

Personenkreis Angehörige der Herkunftseinrichtungen	Oberste Dienstbehörde (§ 60 G 131)	Treuhänder oder Einrichtung, die die Aufgaben des Treuhänders wahrnimmt
1	2	3
Rostocker Brandkasse Feuersozietät der Provinz Sachsen Sächsische Landes-Brandversicherungs- anstalt Abtl. Gebäudeversicherung Abtl. Mobiliarversicherung Sächsischer Gemeindeschadenversicherungs- verband Schlesische Provinzial-Feuersozietät Thüringische Landesbrandversicherungs- anstalt Städtische Brandversicherungs-Gesellschaft Wismar Landesversicherungsanstalt in Brünn (anteilig für die Sachversicherungszweige, ausgenommen: Unfall, Haftpflicht und Kraftverkehr) Öffentlich-rechtliche Sachversicherungs- anstalt der Sudetenländer (anteilig für die Sachversicherungszweige, ausgenommen: Unfall, Haftpflicht und Kraftverkehr) Verband öffentlich-rechtlicher Feuer- versicherungsanstalten in Deutschland Öffentlich-rechtlicher Hagelversicherungs- verband Öffentliche Sachversicherungsanstalt Westmark in Saarbrücken Allgemeine Versicherungsanstalt auf Gegen- seitigkeit in Warschau		
3. Zehnte DV zum G 131 Nr. 12 der Anlage A zu § 2 Allgemeine Pensionsanstalt in Prag (APA) Pensionsanstalt der Privatbeamten in Preßburg, soweit sie die Pensions- versicherung der Angestellten durch- zuführen hatte Pensionsinstitut der tschechoslowakischen Zuckerindustrie in Prag Pensionsinstitut der Industriebeamten in Prag Pensionsinstitut der tschechoslowakischen Vorschußkassen in Prag Pensionsverein der deutschen Sparkassen in Prag Pensionsinstitut für die Angestellten der Sozialversicherungsanstalten in der Tschechoslowakei in Prag	Vorstand der Bundesversiche- rungsanstalt für Angestellte 1000 Berlin 31, Ruhrstraße 2	
4. Elfte DV zum G 131 Nr. 1, 3 und 4 der Anlage A zu § 2 Deutscher Handwerks- und Gewerbe- kammertag Handwerkskammern Handwerkerinnungen Kreishandwerkerschaften	Minister für Wirtschaft, Mittel- stand und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen, 4000 Düsseldorf, Haroldstraße 4 (dessen Befugnisse zur Fest- stellung und Regelung der Versorgungsbezüge auf den Treuhänder (s. Spalte 3) über- tragen sind)	Deutscher Handwerkskammertag, 5300 Bonn, Johannerstraße 1
5. Zwölfte DV zum G 131 Nr. 48, 49 und 53 der Anlage A zu § 2 Kassendentistische Vereinigung Deutschlands Kassenzahnärztliche Vereinigung Deutschlands Zahnärztekammer für Preußen	Befugnisse des Bundes- ministers für Arbeit und Sozialordnung, Bonn, übertragen auf Bundesversicherungsamt 1000 Berlin 30, Reichpietschufer 72—76 (ausgenommen Befugnisse zur Festsetzung und Regelung der Versorgungsbezüge, die auf den Treuhänder (s. Spalte 3) über- tragen sind)	Kassenzahnärztliche Bundesvereinigung, 5000 Köln-Lindenthal, Universitätsstraße 73

Personenkreis Angehörige der Herkunftseinrichtungen	Oberste Dienstbehörde (§ 60 G 131)	Treuhänder oder Einrichtung, die die Aufgaben des Treuhänders wahrnimmt
1	2	3
6. Dreizehnte DV zum G 131 Nr. 50 der Anlage A zu § 2 Reichsapothekerkammer	Direktor des Landespersonal- amtes Hessen, 6200 Wiesbaden, Frankfurter Straße 2	Arbeitsgemeinschaft der Berufs- vertretungen deutscher Apotheker, 6000 Frankfurt (Main), Friedrich-Ebert-Anlage 42
7. Vierzehnte DV zum G 131 Nr. 47 der Anlage A zu § 2 Kassenärztliche Vereinigung Deutschlands	Befugnisse des Bundes- ministers für Arbeit und Sozialordnung, Bonn, übertragen auf Bundesversicherungsamt 1000 Berlin 30, Reichpietschufer 72—76 (ausgenommen Befugnisse zur Festsetzung und Regelung der Versorgungsbezüge, die auf den Treuhänder (s. Spalte 3) über- tragen sind)	Kassenärztliche Bundesvereinigung, 5000 Köln-Lindenthal, Haedekampstraße 3
8. Fünfte DV zum G 131 Nr. 52 der Anlage A zu § 2 Reichstierärztekammer	Direktor des Landespersonal- amtes Hessen, 6200 Wiesbaden, Frankfurter Straße 2	Deutsche Tierärzteschaft, 6000 Frankfurt (Main)-Süd, Forsthausstraße 123
9. Sechzehnte DV zum G 131 Nr. 34 der Anlage A zu § 2 Deutsche Zentralgenossenschaftskasse	Bundesminister der Finanzen, 5300 Bonn, Rheindorfer Straße 108	Pensionsfestsetzungs- und Regelungsbehörde: Deutsche Genossenschaftskasse, 6000 Frankfurt (Main), Taunustor 3
10. Achtzehnte DV zum G 131 Nr. 9 und 12 der Anlage A zu § 2 Gemeindeunfallversicherungsverband der Provinz Ostpreußen in Königsberg der Provinz Mark Brandenburg in Potsdam der Provinz Pommern in Stettin der Provinz Niederschlesien in Breslau der Provinz Oberschlesien in Königshütte der Provinz Sachsen in Merseburg Mecklenburg in Schwerin Wien in Wien Linz in Linz Salzburg in Salzburg Graz in Graz Sudetenland in Teplitz-Schönau Danzig-Westpreußen in Danzig Wartheland in Posen Westmark in Saarbrücken Sächsischer Gemeindeunfallversicherungs- verband in Dresden Thüringer Gemeindeunfallversicherungs- verband in Weimar Anhaltischer Gemeindeunfallversicherungs- verband in Dessau	Bayerisches Staatsministerium der Finanzen, 8000 München 22, Odeonplatz 4	Bundesarbeitsgemeinschaft der gemeindlichen Unfallversiche- rungsträger, 8000 München 2, Barerstraße 24
11. Neunzehnte DV zum G 131 Nr. 8 und 12 der Anlage A zu § 2 Reichsknappschaft Zentralbruderlade in Prag Sozialversicherungsanstalt Topoltschan Bruderlade Jugoslawien Bruderlade Ungarn Bruderlade Rumänien Pensionsinstitut der Ferdinands-Nordbahn in Mährisch-Osttau	Befugnisse des Bundes- ministers für Arbeit und Sozialordnung, Bonn, übertragen auf Bundesversicherungsamt 1000 Berlin 30, Reichpietschufer 72—76 (ausgenommen Befugnisse zur Festsetzung und Regelung der Versorgungsbezüge, die auf den Treuhänder (s. Spalte 3) über- tragen sind)	Arbeitsgemeinschaft der Knappschaften der Bundesrepublik Deutschland, 4630 Bochum, Wilhelm-Stumpf-Straße 70
12. Einundzwanzigste DV zum G 131 Nr. 9 und 12 der Anlage A zu § 2 Mitteldeutsche Eisen- und Stahl- Berufsgenossenschaft, Leipzig	Befugnisse des Bundes- ministers für Arbeit und Sozialordnung, Bonn, übertragen auf	Hauptverband der gewerblichen Berufsgenossenschaften e. V., 5300 Bonn, Langwartweg 103

Personenkreis Angehörige der Herkunftseinrichtungen	Oberste Dienstbehörde (§ 60 G 131)	Treuhänder oder Einrichtung, die die Aufgaben des Treuhänders wahrnimmt
1	2	3
Nordöstliche Eisen- und Stahl-Berufsgenossenschaft, Berlin Schlesische Eisen- und Stahl-Berufsgenossenschaft, Breslau Ostmärkische Eisen- und Metall-Berufsgenossenschaft, Wien Arbeiterunfallversicherungsanstalten in Prag und Brünn Unfallversicherungsanstalt Lemberg Estnische Arbeiter-Unfallversicherungs-Genossenschaft in Reval 13. Zweiundzwanzigste DV zum G 131 Nr. 9 und 12 der Anlage A zu § 2 Ostpreußische landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft in Königsberg Brandenburgische landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft in Potsdam Pommersche landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft in Stettin Landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft für die Provinz Sachsen in Merseburg Verwaltungsstelle in Metz der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft Westmark in Speyer Sächsische landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft in Dresden Anhaltische landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft in Dessau Niederschlesische landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft in Breslau Oberschlesische landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft in Königshütte Mecklenburgische landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft in Schwerin Thüringische land- und forstwirtschaftliche Berufsgenossenschaft in Weimar Landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft Wien-Niederdonau in Wien Oberdonau in Linz Steiermark-Kärnten in Graz Alpenland in Salzburg mit Außenstelle in Innsbruck Danzig-Westpreußen in Danzig Wartheland in Posen Sudetendeutsche landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft in Teplitz-Schönau	Bundesversicherungsamt 1000 Berlin 30, Reichpietschufer 72—76 (ausgenommen Befugnisse zur Festsetzung und Regelung der Versorgungsbezüge, die auf die nach § 3 Abs. 1 der 21. DV zuständigen Aufnahmeeinrichtungen übertragen sind) Befugnisse des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung, Bonn, übertragen auf Bundesversicherungsamt 1000 Berlin 30, Reichpietschufer 72—76 (ausgenommen Befugnisse zur Festsetzung und Regelung der Versorgungsbezüge, die auf die nach § 3 Abs. 1 der 22. DV zuständigen Aufnahmeeinrichtungen übertragen sind)	Bundesverband der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften e. V., 3500 Kassel, Goethestraße 21
14. Dreiundzwanzigste DV zum G 131 Nr. 7, 12, 13 und 18 der Anlage A zu § 2 Krankenkassen der Reichsversicherung: a) Ortskrankenkassen b) Landkrankenkassen c) Innungskrankenkassen Reichsverbände der Orts-, Land- und Innungskrankenkassen Kassenverbände Versorgungskasse der Träger der Reichsversicherung in Berlin Einrichtungen der gesetzlichen Versicherung (Sozialversicherung) mit Körperschaftsrechten in Böhmen und Mähren und in anderen fremden Staaten, insbesondere Bezirkskrankenversicherungsanstalten in Böhmen und Mähren Landwirtschaftliche Krankenversicherungsanstalten in Böhmen und Mähren Genossenschafts- (Gremial-) Krankenversicherungsanstalten in Böhmen und Mähren Krankenversicherungsanstalt der Privatangestellten in Prag	Befugnisse des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung, Bonn, übertragen auf Bundesversicherungsamt 1000 Berlin 30, Reichpietschufer 72—76 (ausgenommen Befugnisse zur Festsetzung und Regelung der Versorgungsbezüge, die auf den Treuhänder und den Bundesverband der Betriebskrankenkassen (s. Spalte 3) übertragen sind)	Treuhänder nach § 7 der 23. DV zum G 131, 5320 Bad Godesberg, Scharnhorststraße 4

Personenkreis Angehörige der Herkunftseinrichtungen	Oberste Dienstbehörde (§ 60 G 131)	Treuhänder oder Einrichtung, die die Aufgaben des Treuhänders wahrnimmt
1	2	3
Reichsverband der deutschen Krankenversicherungsanstalt in Prag Vereinigung deutscher Kranken- versicherungsanstalten in Prag (Sitz Karlsbad) Landesverband der Mährisch-Schlesischen Krankenversicherungsanstalten in Mährisch-Ostrau Zentralverband der Krankenversicherungs- anstalten in Prag Tschechoslowakische Zentrale der Kranken- versicherungsanstalten in Prag Vereinigung der landwirtschaftlichen Krankenversicherungsanstalten in Prag Zentralverband der tschechischen Kranken- versicherungsanstalten in Prag Krankenversicherungsanstalt der Metall- industrie in Prag Allgemeine Krankenversicherungsanstalt in Prag Pensionsanstalt der Privatbeamten in Preßburg, soweit sie die Kranken- versicherung der Privatangestellten in höheren Diensten durchzuführen hatte Arbeitersozialversicherungsanstalt in Preßburg (Slowakei) Landessozialversicherungsanstalt in Ungarn Sozialversicherungskassen der Republik Polen Zentrale Arbeiterversicherung in Jugoslawien (mit Bezirks- und Kreisämtern) Sozialversicherungskassen in Rumänien Allgemeine Krankenkassen Lettlands und deren Verbände Vereinigte Krankenkassen in Reval (Estland) Reichsverband der Betriebskrankenkassen		Bundesverband der Betriebs- krankenkassen, 4300 Essen, Kronprinzenstraße 6
15. Vierundzwanzigste DV zum G 131 Nr. 10 und 12 der Anlage A zu § 2 Landesversicherungsanstalten (Abteilung Invalidenversicherung und Abteilung Krankenversicherung) Gemeinschaftsstelle der Landes- versicherungsanstalten, Berlin Zentral-Sozialversicherungsanstalt Prag (mit Amtsstelle in Preßburg)	Befugnisse des Bundes- ministers für Arbeit und Sozialordnung, Bonn, übertragen auf Bundesversicherungsamt 1000 Berlin 30, Reichpietschufer 72—76 (ausgenommen Befugnisse zur Festsetzung und Regelung der Versorgungsbezüge, die auf die nach § 3 Abs. 1 der 24. DV zuständigen Aufnahmeeinrich- tungen übertragen sind)	Verband deutscher Rentenversiche- rungsträger e. V., 6000 Frankfurt (Main), Eysseneckstraße 55
16. Sechszundzwanzigste DV zum G 131 Nr. 94 der Anlage A zu § 2 Deutsche Rentenbank-Kreditanstalt	Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten 5300 Bonn-Duisdorf, Bonner Straße	Pensionsfestsetzungs- und Regelungsbehörde: Landwirtschaftliche Rentenbank, 6000 Frankfurt (Main), Hochstraße 2
17. Siebenundzwanzigste DV zum G 131 Nr. 2 und 80 der Anlage A zu § 2 Industrie- und Handelskammern Handels- und Gewerbekammern Handelskammern in der Tschechoslowakei Rigaer Börsenverein Rigaer Börsenkomitee Litauische Handels-, Industrie- und Handwerkskammer (anteilig für die Dienst- angehörigen der Handelskörperschaft und Industriekörperschaft) Libauer Börsenverein Libauer Börsenkomitee	Minister für Wirtschaft, Mittel- stand und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen, 4000 Düsseldorf, Haroldstraße 4 (dessen Befugnisse zur Fest- setzung und Regelung der Versorgungsbezüge auf den Treuhänder (s. Spalte 3) über- tragen sind)	Deutscher Industrie- und Handelstag — Treuhandstelle —, 5300 Bonn, Koblenzer Straße 148

Personenkreis Angehörige der Herkunftseinrichtungen	Oberste Dienstbehörde (§ 60 G 131)	Treuhänder oder Einrichtung, die die Aufgaben des Treuhänders wahrnimmt
1	2	3
18. Achtundzwanzigste DV zum G 131 Nr. 20, 20 a, 21, 22, 38, 88 und 116 der Anlage A zu § 2 Öffentliche Sparkassen Böhmische Sparkasse, Prag Erste Mährische Sparkasse, Brünn Deutscher Sparkassen- und Giroverband Regionale Sparkassen- und Giroverbände Landwirtschaftliche Bezirksvorschußkassen in Böhmen Verband der Landwirtschaftlichen Bezirks- vorschußkassen in Teplitz-Schönau Stadt-Diskonto-Bank, Riga Landesbausparkasse Sachsen, Dresden	Minister für Wirtschaft, Mittel- stand und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen, 4000 Düsseldorf, Haroldstraße 4 (dessen Befugnisse zur Fest- setzung und Regelung der Versorgungsbezüge auf den Treuhänder (s. Spalte 3) über- tragen sind)	Deutscher Sparkassen- und Giro- verband e. V., 5300 Bonn, Buschstraße 32

Personenkreis Angehörige der Herkunftseinrichtungen	Oberste Dienstbehörde (§ 60 G 131)	Pensionsfestsetzungs- und Regelungsbehörde (§ 58 G 131)
1	2	3
19. Dreißigste DV zum G 131 Nr. 5 und 6 der Anlage A zu § 2 Reichsnährstand, Hauptabteilung I, II, III, Landwirtschaftskammern, Bauernkammern, Landwirtschaftlicher Verein in Bayern Siebenbürgisch-sächsischer Landwirtschaftsverein in Hermannstadt	1. für die in § 18 Abs. 1 Satz 2 des Reichsnährstandsabwicklungsgesetzes bezeichneten Personen mit Wohnsitz a) im Geltungsbereich des G 131 in Baden-Württemberg Finanzministerium, 7000 Stuttgart 1, Neues Schloß in Bayern Bayerisches Staatsministerium der Finanzen, 8000 München 22, Odeonsplatz 4 in Berlin Senator für Inneres, 1000 Berlin 31, Fehrbelliner Platz 2 in Bremen Senatskommission für das Personalwesen, 2800 Bremen, Auf der Brake 1 in Hamburg Senat der Freien und Hansestadt Hamburg — Personalamt —, 2000 Hamburg 11, Steckelhörn 12 in Hessen Hessischer Minister der Finanzen, 6200 Wiesbaden, Friedrich-Ebert-Allee 8 in Niedersachsen Niedersächsischer Minister der Finanzen, 3000 Hannover, Schiffgraben 6 Niedersächsischer Minister des Innern, 3000 Hannover, Lavesallee 6 — nach besonderer Geschäfts- verteilung —	Regierungspräsidium Nordwürttemberg, 7000 Stuttgart 1, Heustraße 1, Nordbaden, 7500 Karlsruhe, Schloßplatz 1, Südbaden, 7800 Freiburg (Breisgau), Bertholdstraße 43, Südwestfalen-Hohenzollern, Abt. II, 7400 Tübingen, Nauklerstraße 47. — je für ihren Dienstbereich — Bezirksfinanzdirektion München, 8000 München 62, 8000 München 22, Alexandrastraße 3 Landesverwaltungsamt Berlin, — Abteilung II — 1000 Berlin 31, Fehrbelliner Platz 1. wie nebenstehend Senat der Freien und Hansestadt Hamburg — Personalamt —, Besoldungs- und Versorgungsstelle, 2000 Hamburg 36, Große Bleichen 23—27, Regierungspräsident 6100 Darmstadt, Luisenplatz 2, 3500 Kassel, Kassel-Wilhelmshöhe, Walter-Schücking-Platz, 6200 Wiesbaden, Taunusstraße 51. — je für ihren Dienstbereich — Niedersächsisches Landesverwaltungsamt 3000 Hannover, Auestraße 14,

Personenkreis Angehörige der Herkunftseinrichtungen	Oberste Dienstbehörde (§ 60 G 131)	Pensionsfestsetzungs- und Regelungsbehörde (§ 58 G 131)
1	2	3
	in Nordrhein-Westfalen Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, 4000 Düsseldorf, Roßstraße 135 in Rheinland-Pfalz Ministerium für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten, 6500 Mainz, Große Bleiche 55 im Saarland Minister des Innern, 6600 Saarbrücken, Hindenburgstraße 21 in Schleswig-Holstein Innenminister, 2300 Kiel, Landeshaus b) außerhalb des Geltungsbereiches des G 131 (vgl. Abschnitt IV Satz 1) Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten des Landes Nordrhein-Westfalen 4000 Düsseldorf, Roßstraße 135	Landesamt für Besoldung und Versorgung Nordrhein-Westfalen, 4000 Düsseldorf, Bastionstraße 39 Bezirksregierung 5400 Koblenz, Stresemannstraße 3—5, 5500 Trier, Balduinstraße 10—12, 5430 Montabaur, für Rheinhessen, 6500 Mainz, Schillergasse 44, der Pfalz, 6730 Neustadt (Weinstraße), — je für ihren Dienstbereich — wie nebenstehend Pensionsamt Schleswig-Holstein, 2300 Kiel, Sophienblatt 2
	2. für die in § 18 Abs. 1 Satz 1 des Reichsnährstandsabwicklungsgesetzes bezeichneten Personen mit Wohnsitz a) im Geltungsbereich des G 131 wie zu 1 a b) außerhalb des Geltungsbereiches des G 131 (vgl. Abschnitt IV Satz 1) Bundesverwaltungsamt, 5000 Köln, Habsburgerring 9	Landesamt für Besoldung und Versorgung Nordrhein-Westfalen, 4000 Düsseldorf, Bastionstraße 39 wie zu 1 a für im Sowjetsektor oder in den Randgebieten von Berlin wohnende Personen: wie nebenstehend, im übrigen: Oberfinanzdirektion Düsseldorf, 4000 Düsseldorf, Jürgensplatz 1

C. Soweit nicht in vorstehenden Unterabschnitten A und B aufgeführt:

	Die in Abschnitt II aufgeführten obersten Dienstbehörden und Pensionsfestsetzungs- und Regelungsbehörden, falls sich aus Nachstehendem nicht etwas anderes ergibt:	
1. frühere Angehörige der in Nrn. 4, 23 bis 33, 35 bis 37, 39 bis 46, 51, 55 bis 87, 89 bis 93, 95 bis 115, 117, 118, 120 bis 133 der Anlage A zu § 2 aufgeführten Herkunftseinrichtungen, soweit diese nicht bereits in Unterabschnitt A und B aufgeführt sind	in Nordrhein-Westfalen Innenminister des Landes Nordrhein-Westfalen, 4000 Düsseldorf, Elisabethstraße 6—11	Der Direktor des Landwirtschaftsverbandes Rheinland — Rheinische Versorgungskasse — 5000 Köln-Deutz, Mindener Straße 2 für Personen mit Wohnsitz in Nordrhein Westfälisch-Lippische Versorgungskasse 4400 Münster (Westf.), Piusallee 1 für Personen mit Wohnsitz in Westfalen-Lippe
2. frühere Angehörige der in Nr. 119 der Anlage A zu § 2 aufgeführten Herkunftseinrichtungen	in Nordrhein-Westfalen Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten des Landes Nordrhein-Westfalen, 4000 Düsseldorf, Roßstraße 135	Landesamt für Besoldung und Versorgung Nordrhein-Westfalen, 4000 Düsseldorf, Bastionstraße 39

IV.

Für die unter Kapitel I G 131 fallenden Personen, die vor dem Inkrafttreten des G 131 (1.4.1951, im Lande Berlin 1.10.1951) ihren Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt außerhalb des Geltungsbereichs des Gesetzes genommen und keinen zweiten Wohnsitz im Geltungsbereich des Gesetzes beibehalten haben:

Personenkreis Angehörige der Herkunftseinrichtungen	Oberste Dienstbehörde (§ 60 G 131)	Pensionsfestsetzungs- und Regelungsbehörde (§ 58 G 131)
1	2	3
1. Personen, die unter Abschnitt I und III A und B aufgeführt sind,	die in Abschnitt I und III A und B aufgeführten Dienststellen	wie nebenstehend
2. Sonstige unter §§ 1, 2 G 131 fallende Personen, soweit nicht bei Vorhandensein mehrerer versorgungsberechtigter Hinterbliebenen infolge Wohnsitzes oder dauernden Aufenthalts der jüngsten anspruchsberechtigten Person (Witwe, Waise, schuldlos geschiedene Ehefrau) im Geltungsbereich des Gesetzes nach §§ 58, 60 G 131 sich die Zuständigkeit einer der in Abschnitt II bezeichneten Dienststellen ergibt,	Bundesverwaltungsamt, 5000 Köln, Habsburgerring 9 (Hochhaus)	für im Sowjetsektor oder in den Randgebieten von Berlin wohnende Personen: wie nebenstehend im übrigen Oberfinanzdirektion Düsseldorf, 4000 Düsseldorf, Jürgensplatz 1

V.

Für im Geltungsbereich des Gesetzes befindliche, dem Land Nordrhein-Westfalen im Notaufnahmeverfahren zugewiesene Personen, die aus der sowjetischen Besatzungszone oder dem sowjetischen Sektor von Berlin geflüchtet sind, sofern und solange sie im Geltungsbereich des Gesetzes keinen Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt begründet haben:

Personenkreis	Oberste Dienstbehörde (§ 60 G 131)	Pensionsfestsetzungs- und Regelungsbehörde (§ 58 G 131)
1	2	3
1. Personen, die unter Abschnitt II und III C aufgeführt sind,	die nach Landesrecht für Personen dieser Art zuständigen obersten Dienstbehörden des Landes Nordrhein-Westfalen siehe Abschnitt II Nr. 8 und III C Nr. 3 und 4 jeweils unter Nordrhein-Westfalen	die nach Landesrecht für Personen dieser Art zuständigen Behörden. Sind in Abschnitt II Nr. 8 oder III C NW für einen Personenkreis mehrere Pensionsfestsetzungs- und Regelungsbehörden aufgeführt, so ist zuständig: a) für Personen, die sich in einem Notaufnahmelaager in NW befinden, die Behörde, in deren Bezirk sich das Lager befindet; b) für Personen, die sich in einem „Gastlager“ des Landes Nordrhein-Westfalen in einem anderen Land befinden, die jeweils für Westfalen zuständige Behörde.
2. Personen, die unter Abschnitt I und III A und B aufgeführt sind,	die in diesen Abschnitten jeweils aufgeführten Behörden	wie nebenstehend

**Einunddreißigste Verordnung
zur Durchführung des Gesetzes zur Regelung
der Rechtsverhältnisse der unter Artikel 131
des Grundgesetzes fallenden Personen**

Vom 17. August 1966¹⁾

Auf Grund des § 2 Abs. 1 des Gesetzes zur Regelung der Rechtsverhältnisse der unter Artikel 131 des Grundgesetzes fallenden Personen in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. August 1961 (Bundesgesetzbl. I S. 1578) in Verbindung mit Artikel 12 Nr. 1 des Haushaltssicherungsgesetzes vom 20. Dezember 1965 (Bundesgesetzbl. I S. 2065) verordnet die Bundesregierung mit Zustimmung des Bundesrates:

§ 1

Die Anlage A zu § 2 Abs. 1 des Gesetzes wird wie folgt ergänzt:

- a) In Nummer 6 werden ein Komma und folgende Worte angefügt:
„Siebenbürgisch-sächsischer Landwirtschaftsverein in Hermannstadt“;
- b) in Nummer 80 werden ein Komma und folgende Worte angefügt:
„Libauer Börsenverein, Libauer Börsenkomitee“;
- c) in Nummer 84 werden ein Komma und folgende Worte angefügt:
„soweit ihr im Heimatstaat anerkannter Aufgabenkreis dem einer Reichs-, Länder- oder Gemeindedienststelle oder einer am 30. Januar 1933 im Reichsgebiet bestehenden Nichtgebietskörperschaft gleichzuachten war“;
- d) in Nummer 98 wird das Wort „Eigenbetrieb“ durch das Wort „Eigenbetriebe“ ersetzt;
- e) hinter Nummer 122 werden folgende Nummern angefügt:
„123. Deutsche Girozentrale — Deutsche Kommunalbank —
124. Deutsche Landesrentenbank
125. Preußische Landespfandbriefanstalt
126. Deutsche Siedlungsbank
127. Stadt- und Girobank Leipzig
128. Zentralwirtschaftsbank in Rowno
129. Offizierkleiderkasse der Kriegsmarine
130. Kleiderkasse der Offiziere und der Beamten des Reichsheeres (Heereskleiderkasse)
131. Deutsches Theologisch-Philosophisches Lutherinstitut in Dorpat (ohne Evangelistische Abteilung)
132. Deutsche Volksgruppen in Jugoslawien, soweit ihr im Heimatstaat anerkannter Aufgabenkreis dem einer Reichs-, Länder- oder Gemeindedienststelle oder einer am 30. Ja-

nuar 1933 im Reichsgebiet bestehenden Nichtgebietskörperschaft gleichzuachten war

133. Volksbund der Deutschen in Ungarn, soweit sein im Heimatstaat anerkannter Aufgabenkreis dem einer Reichs-, Länder- oder Gemeindedienststelle oder einer am 30. Januar 1933 im Reichsgebiet bestehenden Nichtgebietskörperschaft gleichzuachten war“.

§ 2

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzblatt I S. 1) in Verbindung mit Artikel IV des Ersten, Artikel VII des Zweiten und Artikel V des Dritten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Regelung der Rechtsverhältnisse der unter Artikel 131 des Grundgesetzes fallenden Personen vom 19. August 1953 (Bundesgesetzbl. I S. 980), vom 11. September 1957 (Bundesgesetzbl. I S. 1275) und vom 21. August 1961 (Bundesgesetzbl. I S. 1557) auch im Land Berlin.

§ 3

(1) Diese Verordnung tritt vorbehaltlich der Regelung in Satz 2 mit Wirkung vom 1. April — in Berlin mit Wirkung vom 1. Oktober — 1951, § 1 Buchstaben a, c, e (Nummern 131 bis 133 der Anlage A) jedoch erst mit Wirkung vom 1. September 1953 in Kraft. Im Saarland tritt diese Verordnung mit Wirkung vom 6. Juli 1959 in Kraft.

(2) Zahlungen auf Grund der Ergänzung der Anlage A zu § 2 Abs. 1 des Gesetzes durch § 1 dieser Verordnung werden nur auf Antrag gewährt, und zwar vom Ersten des Monats ab, in dem der Antrag gestellt worden ist. Anträge auf Zahlungen, die bis zum Ablauf von drei Monaten nach Ende des Monats gestellt werden, in dem diese Verordnung verkündet worden ist, gelten als im Zeitpunkt des Inkrafttretens der Verordnung gestellt.

Bonn, den 17. August 1966

Für den Bundeskanzler
Der Bundesminister für Gesundheitswesen

Schwarzhaupt

Für den Bundesminister des Innern
Der Bundesminister für Gesundheitswesen

Schwarzhaupt

¹⁾ (Verkündet im Bundesgesetzbl. I S. 511)